

Wohnungen für das Hohe Ufer

Attraktiver Platz an der neuen VHS. Bezirksrats-SPD will Museum. CDU-Kritik an Plänen.

VON C. BOHNENKAMP

HANNOVER. Attraktives Wohnen am Wasser – das will die Stadt jetzt auch am Hohen Ufer verwirklichen. Entsprechende Pläne stellte die Verwaltung am Montag im Bezirksrat Mitte vor.

Auf dem früheren Hof der Schule am Hohen Ufer, in die die VHS einziehen wird, sollen zwei dreistöckige Wohngebäude verwirklicht werden, deren Erdgeschosse als Geschäfte und Gastronomie genutzt werden sollen. Zwi-

schen VHS und den Gebäuden plant die Verwaltung einen öffentlichen Platz.

Kritik an dem Vorhaben gabs von der CDU, die sich um die Frischluft in der City sorgt und deshalb dort keine Flächen mehr überbauen will. Sie schlägt vor, dass nur das Gebäude direkt am Hohen Ufer verwirklicht wird – auch, weil dann vier Bäume nicht abgeholzt werden müssten.

Ganz andere Pläne mit dem Gelände hat die SPD im Bezirksrat. Sie schlug vor, dort ein Museum für die

Opfer des Nationalsozialismus einzurichten. Die Idee für eine Gedenkstätte war vergangene Woche im Kulturausschuss diskutiert worden. Bezirksbürgermeister Michael Sandow (SPD) hält den Standort in unmittelbarer Nähe der VHS und des Historischen Museums für eine „goldene Lösung“.

Allerdings scheinen die Pläne der Bezirksrats-SPD keine großen Aussichten auf Erfolg zu haben, da die SPD im Rat diese ablehnt. Thomas Hermann, baupolitischer

Sprecher der SPD, hält die Idee für so ein Museum zwar für gut, stellt aber klar: „Wir wollen am Hohen Ufer auf keinen Fall an Stelle der Wohnbebauung ein Museum.“ Auch Michael Dette, Bauexperte der Grünen im Rat, will an der geplanten Wohnbebauung festhalten. Er kritisiert, dass die SPD im Bezirksrat vor ihrem Vorstoß keine Gespräche mit den Ratsfraktionen geführt hat: „Das ist so ein wichtiges und sensibles Thema, dass man im Vorfeld darüber reden muss.“



GROSSE PLÄNE: Die Verwaltung will am Standort der neuen VHS Wohnungen bauen. Foto: Decker